

ULRICH LOHMAR

Bildungsnotstand und Hochschulreform

I

Ein Gespenst geht um in der Bundesrepublik, so könnte man im Wortanklang an das Kommunistische Manifest sagen. Ich meine den Bildungsnotstand. Aber ist er nur ein Gespenst? Oder verbirgt sich hinter dem Warnruf, den vor allem *Georg Picht* so eindringlich an uns richtete, eine genauer zu beschreibende Wirklichkeit?

Die Politiker begegnen dem Phänomen Bildungsnotstand mit unterschiedlicher Aufmerksamkeit und Intensität. Das hängt zusammen mit den weltanschaulichen und gesellschaftlichen Vorstellungen, die in diesem oder jenem Bundesland, in den Parteien und Kirchen oder auch in Bonn das Denken der politischen Führung prägen.

Ich möchte mich hier mit dem Zusammenhang zwischen dem Bildungsnotstand und der Hochschulreform beschäftigen. Auf das Risiko hin, mich dem Vorwurf auszusetzen, daß ich die quantitativen Aspekte meines Themas, also die organisatorischen, institutionellen und politischen Probleme, allzusehr in den Vordergrund rückte, möchte ich das dennoch tun.

Bildung in ihrem Inhalt zu bestimmen, ist nicht Sache des Politikers in einem freien Gemeinwesen. Er hat vielmehr den Rahmen zu setzen, in dem sich Bildung und Wissen-

schaft entfalten können. Natürlich weiß ich, daß man dies letzten Endes nicht so alternativ sehen kann. Aber ich möchte dennoch hier bei meinem politischen Leisten bleiben und nur in Kürze sagen, welche Vorstellung von Ausbildung und Bildung mich dabei leitet. Bildung und Ausbildung können in unserer Gesellschaft keine Gegensätze sein; sie müssen einander ergänzen. Der Deutsche Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen hat sich mit Recht gegen die gegensätzliche Betrachtung von Bildung und Ausbildung gewandt. Er meint, daß eine solche Bewertung immer ein Ausdruck des fragwürdigen Erbes der idealistischen Bildungstheorie sei. „Eine gute Ausbildung“, so liest man in einem seiner Gutachten, „ist nur möglich, wenn sie als ein Prozeß in der Bildung des Menschen verstanden und entsprechend gestaltet wird.“

Mir scheint, daß es in der *Ausbildung* darum geht, den Menschen die Fertigkeiten zu vermitteln, die ihnen die technische Industriegesellschaft abverlangt. Will man das tun, so ist eine vorausschauende Analyse der Wirtschaftsstruktur, der Trends des technischen Fortschritts und der zu erwartenden beruflichen Qualifikationen unerlässlich.

Bildung hingegen wird diese Fertigkeiten verbinden müssen mit der Fähigkeit, einer Selbstentfremdung des Menschen zu widerstehen. Was ist damit gemeint? Wir müssen heute in mancherlei Rollen leben. Sich sozusagen in seiner „Eigenschaft als Mensch“ zu äußern und so zu handeln, ist in einem naiven Sinne kaum mehr möglich. Die Aufspaltung des menschlichen Denkens und Wirkens in Rollen ist Ausdruck der differenzierten gesellschaftlichen Wirklichkeit, in die sich der einzelne verwoben sieht. Früher — um ein Beispiel zu nennen — verband der Bauer seine Hoffnungen auf eine gute Ernte mit der Qualität seines Bodens, seinem Fleiß und dem Wetter. Heute vertraut er mehr auf die Fortschritte der Chemie und auf den Grünen Plan. Es ist offensichtlich, daß dies ganz andere Verhaltensweisen bedingt, als sie vor hundert Jahren ausreichten. Die Einbeziehung der Menschen in ihnen oft ungreifbar erscheinende Bezüge in der Gesellschaft hat zu der von *Riesman* so bezeichneten Außensteuerung des Individuums geführt. Diese Außensteuerung wird auch in unserer Rolle als Verbraucher deutlich. Noch unsere Großeltern begnügten sich mit dem, was sie zum Leben brauchten; unsere Bedürfnisse richten sich hingegen vor allem auf Erzeugnisse, die das Leben bequemer machen und dem sozialen Statussymbol Lebensstandard zu entsprechen suchen.

Die Anonymisierung der Formen unseres Zusammenwirkens in der Gesellschaft droht im ganzen zu dem Resultat zu führen, daß viele Menschen in ihrem Denken und Verhalten zu Statisten werden in dem Sinne, es mit einer rezeptiven Grundhaltung genug sein zu lassen.

Kritische Verhaltenssicherheit in einer dem politischen Gehalt nach freiheitlichen Industriegesellschaft kann man angesichts dieser Tatbestände nur gewinnen, wenn Bildung — neben den Fertigkeiten der Ausbildung — dreierlei vermittelt: ein Wissen um die Strukturzusammenhänge unserer Gesellschaft in der Relation zum eigenen beruflichen und privaten Tun, eine rationale Reaktion auf die Anforderungen der Gesellschaft und die kritische Handhabung gebotener Möglichkeiten. Bildung ist in der Industriegesellschaft nicht *gegen* die Institutionen zu bewahren, sondern *in* ihrem Gefüge zu entwickeln. Oder, wie *Arnold Gehlen* formuliert hat: eine Persönlichkeit, das ist eine Institution in *einem* Fall.

Karl Jaspers hat einmal die wissenschaftliche Haltung als „Sachlichkeit, Hingabe an den Gegenstand, besonnenes Abwägen, Aufsuchen der entgegengesetzten Möglichkeiten, Selbstkritik, Vorsicht im endgültigen Behaupten, Prüfen der Grenzen und der Möglichkeit der Geltung von Behauptungen“ beschrieben. Es erweist sich, daß solche Kriterien wissenschaftlichen Denkens und Lebens mehr und mehr zu einem Erfordernis allgemeiner Art werden und daß wir gerade in diesem Sinne in eine wissenschaftliche Zivilisation eingetreten sind.

II

Die geforderte Expansion unseres Ausbildungswesens hängt in ihren Konsequenzen mit solchen Erwägungen eng zusammen. *Gottfried Bombach*, der Baseler Nationalökonom, hat kürzlich mitgeteilt, daß die Steigerung der Arbeitsproduktivität in den USA nur noch zu einem Drittel der Kapitalintensivierung, zu zwei Dritteln hingegen dem technischen Fortschritt zuzuschreiben sei. Er folgert daraus: „Wir können so ein sehr beträchtliches Wachstum des realen Sozialprodukts selbst dann haben, wenn weder das Arbeitspotential zunimmt noch der Realkapitalbestand vermehrt wird.“ Es geht also nicht darum, daß wir mehr oder länger, sondern daß wir im Sinne der Ausschöpfung technischer Chancen und individueller Leistung ergiebiger arbeiten. Die Technik wiederum beruht auf den Resultaten der wissenschaftlichen Forschung, die Wirtschaft wird in ihren strukturellen Veränderungen wesentlich von der Technik geprägt, und die Kriterien für die Bestimmung der Qualifikationsmerkmale der Ausbildung gewinnen wir aus der Analyse dessen, was die Wirtschafts- und Berufsstruktur von uns verlangt. Diese Interdependenz von Forschung, Technik, Wirtschaft und Ausbildung ist von großer Bedeutung für die Beantwortung der Frage nach den Beziehungen von Bildungsnotstand und Hochschulreform.

Es kommt hinzu, daß die Menschen in unseren Tagen durchweg zwei soziale Ansprüche erheben, die man berücksichtigen muß. Sie wollen Sicherheit, und sie wollen eine faire Chance des beruflichen und sozialen Aufstiegs. Im Gegensatz zum vorigen Jahrhundert ist beides nicht so sehr an Eigentum gebunden, sondern an Qualifikationen der Ausbildung und Bildung. Die Bildungspolitik — wenn ich darunter Ausbildung und Bildung zugleich fassen darf — wird immer mehr zum Kernstück der Sozialpolitik. *Helmut Schelsky* hat das schon vor Jahren gesehen. Er schrieb 1957, daß wir uns folgenden sozialen Tendenzen gegenübersehen:

Einem universalen Aufstiegsbedürfnis aus sozialen Sicherheitsgründen, das vorwiegend familiär verwurzelt sei; für seine Erfüllung stehe fast allein die berufliche Leistung zur Verfügung; daraus sei das Streben nach höheren beruflichen Ausbildungen und nach einer alle Aufstiegschancen offenlassenden Schulausbildung zu erklären; diese Aufstiegswünsche wiederum seien stark orientiert an alten Prestigestufen und -leistungen; das Ganze sei eingebettet in und überhöht durch die Steigerung materieller und psychologischer Konsum- und Komfortbedürfnisse; insbesondere seien die Bildungsbedürfnisse längst zu einem allgemeinen Sozialanspruch konsumptiver Art umgeschlagen.

Aber etwa die heute gegebene Abstufung der Einkommen entspricht oft noch kaum solchen Maßstäben für Leistung und Aufstieg in einer Industriegesellschaft. Der Metzgermeister kann sich zwar den besten Privatlehrer für seine Kinder leisten, aber der Lehrer keine Hausgehilfin. Das hängt damit zusammen, daß die politische Führung unseres Staates allzu lange versucht hat, ständische und jedenfalls vorindustrielle Strukturen und Leitbilder gegen die Dynamik der Industriegesellschaft und ihre Erfordernisse zu behaupten. Ein solches Unterfangen gewinnt mehr und mehr anachronistische Züge. Wer hier Maße einhalten will, muß wissen, von welchem Maß er spricht.

Die zu erwartende Umschichtung unserer Wirtschafts- und Berufsstruktur als Folge der Automatisierung wird uns mit noch einem anderen Tatbestand konfrontieren. Unseren Eltern war die Vorstellung vertraut, daß man in seiner Jugend einen Beruf erlernte und dann mit dem Erlernten ein Leben lang auskommen konnte. Diese Art der Ausbildung wird durch eine Mehrphasenausbildung abgelöst werden. Das sei an zwei Beispielen deutlich gemacht.

Heute gliedert sich die Arbeiterschaft in Hilfsarbeiter, angelernte Arbeiter und Facharbeiter. In zwanzig Jahren wird es den Hilfsarbeiter im heutigen Sinne kaum mehr geben, und vielen handwerklich ausgebildeten Facharbeitern werden wir dann auch nicht

mehr in dem bisher gewohnten Wirkungskreis begegnen. Die große Mehrheit der Arbeiter wird zu den angelernten Spezialisten gehören und über eine Allgemeinbildung verfügen, die etwa dem Stand der heutigen mittleren Reife entspricht. Gleichzeitig wird der Anteil der Bevölkerung, der eine qualifizierte Berufsausbildung auf weiterführenden Schulen und Hochschulen genossen hat, außerordentlich zunehmen. An die Stelle der weit gefächerten Qualifikationsstruktur unserer Tage wird eine Polarisierung auf im wesentlichen zwei Gruppen treten, soweit die Ausbildungsqualifikation in Frage steht: einerseits angelernte Spezialarbeiter mit besserer Grundbildung, andererseits diejenigen mit einer qualifizierten Ausbildung an Fach- und Hochschulen. Die einen wie die anderen werden der Mobilität der Industriegesellschaft ausgesetzt sein. Für manche akademischen Berufe ist daneben von besonderer Bedeutung die Frage, wie sie den Informationszuwachs, der sich aus dem fortschreitenden Stand der Forschung und Entwicklung ergibt, in die Praxis übernehmen können. Bei den Ingenieuren etwa wäre es heute bereits notwendig, daß sie im Abstand von 10 bis 15 Jahren die Möglichkeit haben, ihr früher auf den Ingenieurschulen oder technischen Universitäten erworbenes Wissen gründlich zu überholen. Für den Arzt stellt sich das Problem ähnlich. Der Informationszuwachs, der sich aus der medizinischen Forschung ergibt, muß systematisch und rasch in die Praxis des einzelnen Arztes übertragen werden. Ärztekongresse reichen dazu ebensowenig aus wie das verfügbare fachliche Schrifttum.

Die Bedeutung des technischen Fortschritts für die Arbeitsproduktivität wird weiter dazu führen, daß wir für absehbare Zeit mit einer stetigen Verkürzung der Arbeitszeiten werden rechnen können — nicht als Resultat sozialer Auseinandersetzungen, sondern eben als Ergebnis der technischen Entwicklung. Bildung muß sich also darauf richten, den Menschen Maßstäbe für ihr Verhalten als Konsumenten, als Staatsbürger, als Freizeitgestalter zu vermitteln, die sie in die Lage versetzen, nicht nur *Statisten* des Konsums, der Politik oder der Kommunikation zu sein. Beruf *und* Freizeit sind die Gegenstände einer zeitgerechten Bildung.

III

Die Schwerpunkte dessen, was wir Bildungsnotstand nennen, ergeben sich somit aus den Anforderungen der sich entwickelnden Berufs- und Wirtschaftsstruktur, aus den Bedürfnissen der Menschen im Hinblick auf ihre Bildungschancen und daraus, daß das Leben in Zukunft, neben Beruf bzw. Arbeit, von mehr Freizeit bestimmt sein wird.

Der Wissenschaftsrat hat festgestellt, unsere Gesellschaft habe einen großen und noch immer wachsenden Bedarf an Menschen für spezifisch akademische Berufe, in denen es auf wissenschaftliches Geschultsein, selbständiges Denken und auf die Bereitschaft zu eigener Verantwortung ankomme. Diese These verbindet der Wissenschaftsrat mit dem Hinweis, nach seiner Auffassung solle ein Teil der Ausbildungsaufgaben der heutigen Universität auf höhere Fachschulen verlagert werden. Geht man von diesem steigenden Bedarf an wissenschaftlich ausgebildeten Menschen aus, dann läßt sich von einem Bildungsnotstand in der Bundesrepublik in dreierlei Hinsicht sprechen:

Wir sind hinter den entsprechenden Leistungen vergleichbarer Industriestaaten zurückgeblieben, wir haben ein beträchtliches Gefälle des Bildungsangebots und der Leistungen des Bildungswesens in den einzelnen Bundesländern zu beklagen, und wir sehen uns der Konkurrenz mit Mitteldeutschland ausgesetzt.

Der Rückstand der Bundesrepublik äußert sich, anders ausgedrückt, vor allem in einem Mangel an Lehrern, an Abiturienten und in der zurückgebliebenen Struktur unseres Landschulwesens in den meisten Bundesländern.

Ich frage mich, aus welchen Gründen ein so zu bestimmender Notstand die öffentliche Meinung bis heute nur in ihren qualifizierten Randschichten erreicht hat, nicht aber in

das Bewußtsein der großen Mehrheit unseres Volkes gedungen ist. Mein Parlamentskollege *Martin* meint dazu, wir hätten es halt mit einer Gesellschaft zu tun, die in breiten Schichten buchstäblich so ungebildet und mit den Problemen des Konsums so heftig beschäftigt sei, daß sie nicht erfassen könne, welche ernsten Folgen ein obsoletes Bildungssystem haben müsse. Das mache die Krise des Bildungswesens schon jetzt zur Katastrophe. Es sei an der Zeit, sagt *Martin*, daß kleinbürgerliche Verschmitztheit, arrogante Mittelmäßigkeit und brutale ökonomische Einseitigkeit abgelegt würden. Ich habe dem nur hinzuzufügen, daß das an einem vordergründigen Gewinnstreben orientierte wirtschaftliche Denken durch der Industriegesellschaft angemessene Maßstäbe der Leistung und des sozialen Ansehens ersetzt werden muß. Dies zu bewerkstelligen, wird nicht leicht sein.

Eine langfristige Bildungspolitik erfordert überdies eine Bedarfsanalyse und -planung. Der Verband Deutscher Studentenschaften hat einige der vordringlichen Aufgaben der Bedarfsforschung formuliert: Wie viele Bildungswillige für die verschiedenen Bildungswege sind vorhanden?; wie weit ist eine Ausschöpfung der Begabungsreserven durch Steigerung der Absolventenzahlen und durch höhere Erfolgsquoten möglich?; welche institutionellen Reformen sind erforderlich?; können wir die gegebenen Bildungswege als ausreichend betrachten?; welcher Bedarf ergibt sich aus der wirtschaftlichen Entwicklung für die Zukunft?; welche Institutionen sollen die Bedarfsforschung betreiben?

Die letzte Frage des VDS veranlaßt mich zu einigen Bemerkungen über die Zusammenarbeit von Politik und Wissenschaft. Es ist offenkundig, daß etwa in der Bildungsforschung die politische Führung des Staates mit Wissenschaftlern zusammenarbeiten muß. Das wird nur möglich sein, wenn wir zu Formen der Kooperation kommen, die weiter greifen als gelegentliche Gutachten oder die Mitwirkung von Wissenschaftlern in Beiräten. Es wird auch nicht ausreichen, daß die Probleme, die einer wissenschaftlichen Analyse vordringlich bedürfen, allein von den Wissenschaftlern oder allein von den Politikern zur Debatte gestellt werden. Beide müssen sich darüber verständigen. Die Freiheit der Forschung drückt sich vor allem in der Wahl der wissenschaftlichen Methode und in dem Recht zur Publizierung der Ergebnisse aus; in der Themenstellung dagegen ist ein Zusammenwirken von politischer Führung und Wissenschaft unerläßlich.

Man mag finden, daß diese These die Autonomie der Gelehrtenrepublik berühre, aber ich meine, daß wir hier mit einer Auffassung, die Staat und Wissenschaft einander alternativ gegenüberstellt, nicht sehr viel weiterkommen. Eine enge Zusammenarbeit von politischer Führung und Wissenschaft wird sich nicht ergeben, wenn man die Probleme lediglich wie in einer *Laterna magica* durcheinanderschüttelt in der Hoffnung, das gewünschte Bild werde sich schon irgendwann zeigen. Natürlich hegen Wissenschaftler und Politiker zum Teil unterschiedliche Erwartungen, wenn sie einander begegnen. Der Wissenschaftler will Objektivität, aber gleichwohl wünscht er, daß die Politik sich mehr bestimmen lasse von den Resultaten wissenschaftlicher Forschung. Der Politiker zeigt sich nicht ungerne in der Gesellschaft von Professoren, denn er weiß, daß sie über ein hohes soziales Ansehen verfügen. Er erliegt zudem leicht der Versuchung, sich solche Wissenschaftler als Berater auszusuchen, von denen er annehmen kann, daß sie die Kreise vorgefaßter Meinungen nicht allzusehr stören. Der Wissenschaftler denkt in Problemen, der Politiker in Aufgaben. Diese Spannung ist nicht aufzuheben, aber es sollte möglich sein, mehr Verständnis für die Kategorien aufzubringen, in denen der Partner jeweils denkt und handelt.

Der Bundesminister für wissenschaftliche Forschung hat in dem von ihm vorgelegten Bundesbericht Forschung I mit Recht vermerkt, daß die Förderung der Forschung nicht nur ein Finanzierungsproblem sei, sondern daß vielmehr Überlegungen zu einer Wissen-

Schaftspolitik hinzutreten müßten. Bisher jedoch ist aus dieser Einsicht noch keine angemessene Folgerung gezogen worden. Abgesehen davon, daß auch die Finanzierung der wissenschaftlichen Arbeit im ganzen unzureichend und dazu mehr nach dem Gießkannenprinzip — ich denke etwa an das 40-DM-Gesetz — als aufgrund einer Rangordnung der Aufgaben erfolgte, bedarf die Wissenschaftsfinanzierung noch anderer Korrekturen. Die Zweckforschung, die allein im Bereich des Verteidigungsministeriums weit mehr Mittel erforderte, als für den Ausbau aller wissenschaftlichen Hochschulen von sehen des Bundes aufgewendet worden sind, hat einen zu großen Raum gewonnen.

IV

Fassen wir zusammen: In der Wissenschaftspolitik der Bundesrepublik wurden vier wichtige Bereiche bisher vernachlässigt: die Bedarfsforschung und -planung; eine Ausbildungsförderung, die nicht nach dem Gießkannenprinzip verfährt; die systematische Pflege des Zusammenwirkens der politischen Führung mit Wissenschaftlern, und die nachdrückliche Förderung der Hochschulreform.

Die ersten drei der genannten Aufgaben sollten Sache des Wissenschaftsministers in Bonn sein. Die Hochschulreform hingegen wird nach unserer Verfassung vorwiegend in den Bundesländern gestaltet werden müssen. Ich sage: *in* den Bundesländern, nicht allein *von* den Bundesländern. Denn die Skepsis, daß die Hochschulen von sich aus zu einer Reform ihres Selbstverständnisses, ihrer Arbeitsweise und ihrer Struktur überhaupt nicht fähig seien, teile ich in dieser Schärfe nicht. Andererseits jedoch ist unverkennbar, daß ohne eine Zusammenarbeit mit den Landesregierungen und ohne deren festen Willen zu einer Hochschulreform wenig geschehen wird. Die föderalistische Struktur in der Kulturpolitik erweist sich gerade in diesem Zusammenhang als nicht besonders hilfreich, denn ein politischer Wille der Landesregierungen zu einer Hochschulreform wird sich erst dann voll auswirken, wenn wenigstens die meisten Bundesländer dazu entschlossen sind. Die Diskussion um die Vorlage der hessischen Landesregierung zeigte, wie rasch man auf Abstellgleise der Diskussion gerät, wenn das Zusammenwirken der Bundesländer, das der Landesregierungen mit den Wissenschaftlern und deren eigenes Engagement sachlich und „klimatisch“ nicht hinreichend vorbereitet sind. Aber immerhin, in Hessen ist endlich etwas geschehen, und das ist leider in anderen Bundesländern noch nicht so.

Die Hochschulreform wird zuletzt im Hinblick auf die Aufgaben, die sich im Rahmen der Überwindung des Bildungsnotstandes stellen, gesehen und gestaltet werden. Sie ist in gleichem Maße eine Sache der Wissenschaftler und der politischen Führung in unserem Staat. Ich möchte in einigen Leitsätzen skizzieren, wo ich die Schwerpunkte einer solchen Reform der Hochschulstruktur, des Werdeganges der Hochschullehrer und der Gestaltung des Studiums sehe. Beziehen möchte ich mich dabei auf die *Bildungspolitischen Leitsätze der SPD* — nicht aus Parteitreu oder aus Bequemlichkeit, sondern deshalb, weil mir hier die Aufgaben knapp und präzise umrissen zu sein scheinen.

Es ist selbstverständlich — darauf hat der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, *Julius Speer*, kürzlich zu Recht aufmerksam gemacht —, daß man hier nicht von der Vorstellung ausgehen kann, als ob durch eine schlagartige Reform plötzlich alle Mängel behoben und ein neues Zeitalter der Hochschule heraufgeführt werden könnte.

In den „Bildungspolitischen Leitsätzen“ heißt es:

„Wenn die Verbindung von Forschung und Lehre erhalten oder wieder ermöglicht werden soll, sind Strukturwandlungen erforderlich. Sie sollen erlauben, das Forschungspotential der Hochschulen voll auszunutzen und die Verbindung von Forschung und Lehre für die Ausbildung der Studenten wieder fruchtbar zu machen. Dieses Ziel erfordert folgende Maßnahmen:

BILDUNGSNOTSTAND UND HOCHSCHULREFORM

Das System der Parallelordnariate ist konsequent auszubauen, um das Verhältnis der Zahl der Ordinarien zu der der Studierenden zu verbessern. Dies setzt eine Besoldungsreform voraus, die das Einkommen der Hochschullehrer von der Zahl ihrer Vorlesungen und ihrer Studenten unabhängig macht.

Ein bezahlter Forschungsurlaub gibt dem Hochschullehrer wenigstens alle fünf Jahre für ein bis zwei Semester die Möglichkeit eigener Forschung.
Die Leitung der Institute muß kollegial geregelt und gehandhabt werden.

*

Der akademische Mittelbau muß neu strukturiert und differenziert werden, um die Professoren von allen Aufgaben zu befreien, die ebensogut oder besser von anderen Hochschulangehörigen wahrgenommen werden können.

Assistenten sollen für eine begrenzte Zeit persönliche Mitarbeiter der Professoren sein.

Tutoren beraten die Studierenden bei der Anlage und Durchführung ihres Studiums und leiten Einführungs- und Übungskurse.

Kustoden pflegen und verwalten als wissenschaftliche Beamte den Sachbestand der Institute.

Lektoren übernehmen als Lehrkräfte ohne Forschungsauftrag einen wesentlichen Teil des akademischen Unterrichts, insbesondere während des Grundstudiums.

*

Die organisatorische Gliederung der Hochschule muß die starren Fakultätsgrenzen überwinden und neue Sachzusammenhänge berücksichtigen. Einige Fakultäten sind zu groß, andere so zusammenhanglos geworden, daß eine sinnvolle Arbeit gefährdet ist. Andererseits zerschneiden Fakultätsgrenzen häufig Zusammengehöriges.

Die gemeinsame Methode oder der gemeinsame Gegenstand ermöglichen Querverbindungen und Zusammenfassungen. Neue Gliederungen (Abteilungen, Departements) sollen erprobt werden.

Zentralinstitute und Doppelmitgliedschaften verbessern die wissenschaftliche Zusammenarbeit.

*

Die Hochschulverwaltung muß langfristig planen können. Die oberste Verantwortung für die akademische und wirtschaftliche Verwaltung der Hochschulen kann nicht länger vom jährlich wechselnden Rektor getragen werden. Diese Aufgaben sind entweder zwischen einem selbständigen Kanzler in Dauerstellung und dem wechselnden Rektor aufzuteilen oder in der Hand eines Rektors oder Präsidenten zu vereinen, der langfristig oder auf Lebensdauer bestellt wird.

*

Die Hochschullehrerlaufbahn muß in allen Stufen anziehender für den wissenschaftlichen Nachwuchs gemacht werden. Die Personalstruktur der wissenschaftlichen Hochschulen muß so umgestaltet werden, daß beamtenrechtliche und korporationsrechtliche sowie wissenschaftliche Abhängigkeiten nicht von der Hochschullehrerlaufbahn abschrecken.

Die jungen Wissenschaftler erhalten geraume Zeit vor ihrer Habilitation eine selbständige Stellung (Tutoren).

Die Stellung der Nachwuchskräfte im Institut und in der Universität als Korporation wird gestärkt. In vielen Fällen ist das Beamtenverhältnis auf Widerruf unangemessen.

Die Habilitation ist auch ohne Habilitationsschrift möglich, wenn die Befähigung des Habilitanten durch selbständige und publizierte wissenschaftliche Arbeiten nachgewiesen ist.

Die Zulassung zur Habilitation darf nicht vom Nachwuchsbedarf eines Faches abhängig sein.

Durch eigene Voten des akademischen Senats und der NichtOrdinarien zu den Vorschlägen der Fakultäten und durch die Ausschreibung freier Lehrstühle in der Fachpresse des In- und Auslandes kann das Berufungsverfahren weiter objektiviert werden.

*

ULRICH LOHMAR

Das Studium muß rationalisiert, Studien- und Prüfungsordnungen müssen den wissenschaftlichen Anforderungen angepaßt werden. Dabei ist die akademische Ausbildung so zu konzentrieren, daß ihre Dauer wissenschaftliche Begabungen nicht vom Studium zurückhält.

Das Studium wird in Grund-, Haupt- und Fortgeschrittenstudium gegliedert. Zwischenprüfungen ermöglichen den Studenten eine Leistungskontrolle.

Im Grundstudium werden die für das Hauptstudium erforderlichen Grundlagen erarbeitet. Die Lernfreiheit an den wissenschaftlichen Hochschulen muß vorbereitet und stufenweise verwirklicht werden.

Eine Zwischenprüfung am Ende des Grundstudiums stellt fest, ob der Student die Grundlagen seines Faches und die Methoden wissenschaftlichen Arbeitens beherrscht.

Das Hauptstudium legt bei voller Lernfreiheit besonderen Wert auf Seminare und Kolloquien und auf die Teilnahme an der Forschung. Dabei darf die Berufsbezogenheit des Studiums nicht außer acht gelassen werden. Zu jedem Studium gehört ein Wirtschafts-, Berufs- oder Sozialpraktikum.

Das Fortgeschrittenstudium dient der Vorbereitung der Promotion, der Teilnahme an der Institutsforschung oder einem Zweitstudium.

*

Die Abschlußprüfungen verlangen den Nachweis einer dem Stand der Wissenschaft entsprechenden Ausbildung. Zu bewerten ist nicht das Gedächtnis, sondern das Verständnis und die Fähigkeit zu eigener wissenschaftlicher Arbeit. Drei Formen von Abschlußprüfungen stehen am Ende des Hauptstudiums:

Das Staatsexamen für Studiengänge, die auf den öffentlichen Dienst oder auf Berufe mit staatlichen Qualifikationsanforderungen vorbereiten; die Diplomprüfung für Studiengänge, die auf Berufe vorbereiten, die eine wissenschaftliche Ausbildung erfordern; die Magisterprüfung als Abschluß für alle anderen Studiengänge.

*

Die Lehrer aller Schulstufen sind wissenschaftlich auszubilden. Alle Einrichtungen der Lehrerbildung müssen die Erziehungswissenschaft in der methodischen Verbindung von Forschung und Lehre pflegen und alle Bedingungen wissenschaftlicher Hochschulen erfüllen. Dazu sind sie personell und sachlich entsprechend auszustatten und für mindestens 1500 Studenten einzurichten.

Kernstück der Ausbildung ist das Studium der Erziehungswissenschaft und der Psychologie im Zusammenhang mit anderen, insbesondere gesellschaftswissenschaftlichen Fächern.

Der Umfang der erziehungswissenschaftlichen und fachdidaktischen Studien erfordert die Bildung von Schwerpunkten und eine durch den Stufenbau des Schulwesens und die Fachgebiete der Studierenden bestimmte Differenzierung.

Das wissenschaftliche Studium der für die Unterrichtsfächer grundlegenden Fachdisziplinen muß neben und, in Verbindung mit dem allgemeinen Studium betrieben werden.

Dem Studium folgt nach der ersten Staatsprüfung die schulpraktische Ausbildung (Referendariat). Sie stellt den künftigen Lehrer in verantwortliche Aufgaben seines Arbeitsbereiches. Studienseminare bereiten ihn auf die Praxis des Unterrichts, der Erziehung und der Schulverwaltung vor.

Während dieser Ausbildung muß Gelegenheit bestehen, die gewählten Schwerpunkte zu ergänzen.

Grenzen für die Arbeit des Lehrers ziehen nur seine Fähigkeiten und Neigungen, nicht aber starre Schranken zwischen den Schulstufen.

Nach der zweiten Staatsprüfung kann sich der Lehrer in regelmäßigen Abständen ohne Unterrichtsverpflichtungen durch Studium oder Praktika fortbilden."

Man mag diese Vorschläge im einzelnen zustimmend oder kritisch würdigen. Im ganzen lassen sie den politischen Willen deutlich werden, unsere Universitäten in voller Freiheit von Lehre und Forschung in ein vernünftiges Verhältnis zu den Aufgaben in einer freiheitlichen Industriegesellschaft zu bringen. Insbesondere werden wir dem Bil-

dungsnotstand, soweit er sich in einem Mangel an Lehrern, Abiturienten und Studenten ausdrückt, auch durch Maßnahmen dieser Art begegnen müssen. Den Vorschlägen der Sozialdemokraten sollte man aber wohl den Hinweis *Schelskys* hinzufügen, daß ein Kernstück der Hochschulreform auch die Integration der Einzelwissenschaften sein muß. Ich nehme diesen Rat deshalb mit Nachdruck auf, weil eine solche Integration eine Bedingung auch für eine engere Zusammenarbeit von Wissenschaft und Politik ist und den Zerfall der wissenschaftlichen Arbeit wie der politischen Meinungsbildung in unverbundene Voten von Spezialisten aufhalten kann. Im ganzen hat sich auch der Wissenschaftsrat in seinem neuen Gutachten zur Studienreform diesen Vorschlägen weitgehend angenähert.

V

Abschließend seien einige Konsequenzen genannt, die wir in der politischen Führung unseres Staates — in Bund, Ländern und in der Zusammenarbeit beider — unverzüglich ziehen sollten.

1. Die Wissenschaftspolitik bedarf klarer Maßstäbe. Sie muß ausgehen von einer zutreffenden Analyse der Situation und der Entwicklung unserer Gesellschaft. Sie muß sich auf einen Bildungskanon gründen, der einer freiheitlichen Industriegesellschaft angemessen ist, und sie muß auf einen starken Rückhalt in der öffentlichen Meinung rechnen können.
2. Die Wissenschafts- und Bildungspolitik muß auf den Abbau vorindustrieller Leitbilder, konservativer weltanschaulicher Vorurteile und karitativer Mildtätigkeit im Hinblick auf die Finanzierung der gestellten Aufgaben drängen. Wir brauchen eine Planung in dem Sinne, wie es der Wissenschaftsbericht der OECD sagt: Planung heißt Konsequenzen aufzeigen, Alternativen nebeneinander stellen und damit künftige Entscheidungen rationalisieren.
3. Die Aufgaben in Bildung und Wissenschaft müssen in der Innenpolitik den ersten Rang haben. Eine Übereinkunft der politischen Parteien und der Regierungen von Bund und Ländern ist dazu unerlässlich.
4. Der Föderalismus in der Wissenschafts- und Bildungspolitik darf nicht ein Refugium für politische Eigenbrötelei eröffnen, er muß Ausdruck einer sachbezogenen Kooperation und Kommunikation aller Partner in einem Bundesstaat sein. Gerade im Bereich von Bildung und Wissenschaft muß die Bundesrepublik beweisen, daß sie kein Staatenbund, sondern ein Bundesstaat ist.
5. Da die politischen Parteien in Bund und Ländern in den Parlamenten und Regierungen wesentliche Verantwortung tragen, fällt ihnen in erster Linie die Aufgabe der Integration in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik zu.
6. Bis 1967 muß aus der Zusammenarbeit von Bund und Ländern einerseits und der politischen Führung mit den Wissenschaftlern andererseits ein nationaler Bildungsplan entstehen, der einen Rahmen für die Wissenschafts- und Bildungspolitik für die beiden nächsten Jahrzehnte setzt und der Zusammenarbeit mit unseren europäischen Nachbarländern ebenso Rechnung trägt wie einer Wiedervereinigung unseres Landes. Wenn irgendwo, dann brauchen wir in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik die europäische Zusammenarbeit und die Wiedervereinigung Deutschlands nicht alternativ zu sehen. Überall in Europa, auch im Osten, haben sich moderne Industriegesellschaften entwickelt. Die Bildungs- und Wissenschaftspolitik könnte ein entscheidender Hebel sein, um diese Industriegesellschaften nicht nur wirtschaftlich effektiver, sondern auch freiheitlich zu gestalten.

